

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel  
Die Post CH AG  
AZB 4001 Basel

Wenn die Parlamente Europas nicht hören, so bleiben die Wände. Menschen heissen andere Menschen willkommen. Foto: EBF

## MIGRATION

# Unterwegs in Bosnien-Herzegowina

**Unsere letzte Reise nach Bosnien-Herzegowina und Kroatien war vor eineinhalb Jahren. Damals trafen wir mehrere zivilgesellschaftliche Initiativen und auch Einzelpersonen, die sich auf der Balkanroute für Geflüchtete einsetzen. Seitdem unterstützen wir diese mutigen Menschen und sind mit ihnen in Verbindung geblieben. Jetzt besuchten wir\* sie erneut.**

Motiviert für diese Reise waren wir vor allem, um die Kontakte auszubauen, die Situation vor Ort zu spüren und Informationen zu sammeln, die uns in der Schweiz helfen könnten, Dublin-Ausschaffungen von Asylbewerber:innen nach Kroatien zu verhindern.

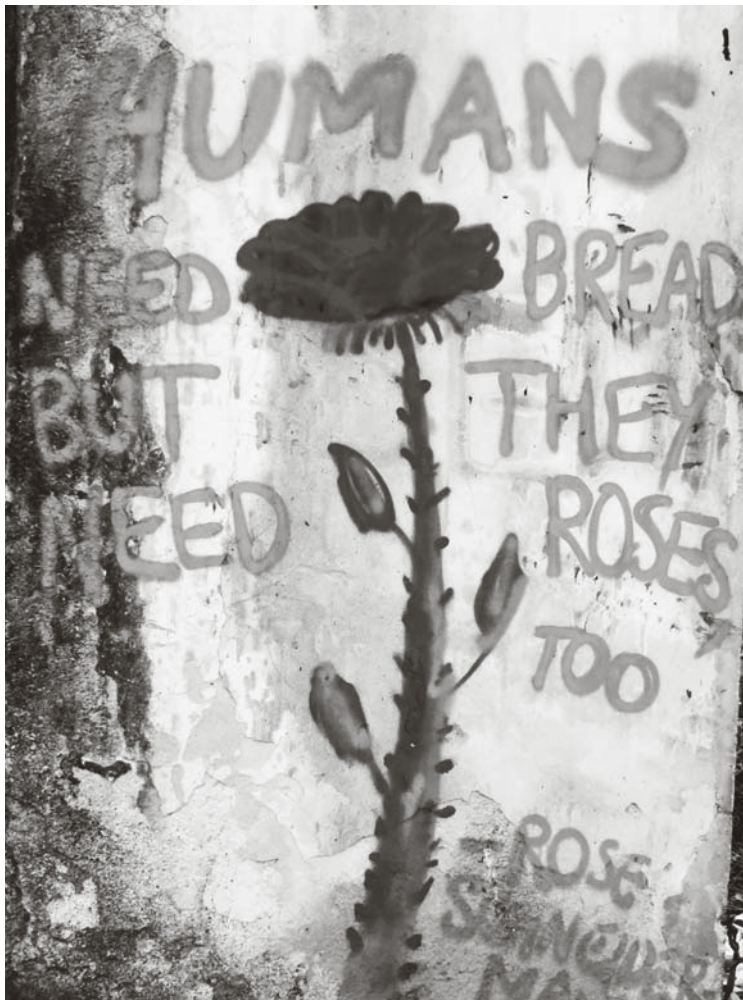
Am 10. November trafen wir in der Kleinstadt Velika Kladuša in Bosnien ein – einem der wichtigsten Durchgangsorte für Menschen auf der Flucht nach Westeuropa – unweit von der kroatischen Grenze gelegen. Tausende trafen in den letzten Jahren in der Stadt und im Kanton Una Sana ein, um ihr Glück zu versuchen. Doch die meisten der Schutzsuchenden wurden von den kroatischen Grenzern mit Unterstützung der EU-Grenzschutzagentur Frontex illegal nach Bosnien zurückgeprügelt. Es gibt hunderte Aussagen und Beweise von systematischen Misshandlungen und Demütigungen.

Heute ist die Stadt viel ruhiger als das letzte Mal. Es begegnen uns nur wenige «People on the move» auf den Strassen. Doch das heisst nicht, dass hier niemand mehr unterwegs ist. Wir treffen Admir<sup>1</sup>, der zusammen mit seinem Vater ein Café und Hostel betreibt, wo sich die Geflüchteten aufhalten und neue Kraft schöpfen können. Er ist einer der sogenannten «Locals», der Einheimischen, die sich für die Flüchtenden einsetzen. Immer noch hat er alle Hände voll zu tun, um Verzweifelte aufzuheitern, Unterbringung und sonstige Hilfe zu organisieren. Die Behörden haben immer wieder versucht, ihm Steine in den Weg zu legen – doch bis jetzt umsonst.

### Gespensische Leere

Alma, Lehrerin in einem Nachbardorf, hat den Verein «Rahma» (dt. Gnade) gegründet, der als erste einheimische Initiative offiziell

als Hilfsorganisation anerkannt wurde. Wir besuchen am nächsten Tag ihr Lokal, wo es Räume für Nahrungsmittel, Kleider, Schuhe, Waschmaschinen und Duschen für die Vorbeiziehenden gibt. Ihr Mitarbeiter Idin, ebenfalls Lehrer, bereitet einen Transport mit Lebensmitteln und Hygieneartikel vor, der zu den leerstehenden Gebäuden führen soll, wo sich die Geflüchteten provisorisch eingerichtet haben. «Rahma» führt solche Transporte regelmässig durch, doch heute kommt ein Anruf dazwischen. Alma erzählt, dass die Gebäude von der Polizei geräumt und alle «Bewohner:innen» deportiert worden seien. Wir machen uns selbständig auf, um die Situation vor Ort zu begreifen: Im allein-stehenden, unfertigen Wohnhaus auf dem Land, wo die «People on the move» Obdach gefunden hatten und das sie «Bon courage» nennen, ist niemand mehr. Vor dem Haus ein Paar leere Schuhe, so als ob sich deren Besitzer in Luft aufgelöst hätte. Ein gespenstischer Anblick bietet sich auch in der riesigen Ruine einer Fabrik am Rande von Velika Kladuša: Überall Spuren von plötzlich verschwundenen Menschen in den kahlen Räumen und Hallen, die uns das Ausmass des Elends der Geflüchteten vor Augen führen. Wir erfahren später, dass die Menschen mit Bussen zwangsweise in das berüchtigte staatliche Lager von Lipa gebracht wurden, dass aber einige schon wieder auf eigene Faust den Rückweg angetreten hätten. Der Sinn dieser Polizeiaktion bleibt völlig unklar. Geht es um reine Schikane und Einschüchterung oder steckt mehr dahinter?



### Lokale und internationale Helfer:innen

Neben den einheimischen treffen wir die internationalen Aktivist:innen von «No Name Kitchen» und «Blindspot», alles junge Leute, die normalerweise mindestens einen Monat hierbleiben, um auf verschiedenste Art die Menschen auf der Flucht unterstützen. Sie müssen sehr vorsichtig agieren, denn selbst die kleinsten Hilfeleistungen sind den Behörden ein Dorn im Auge und können zu Repressalien führen. Die Initiative «Medical Volunteer International» (MVI) ist neben «Rhama» offiziell anerkannt, darf aber nur allererste Hilfe leisten. Schon der Transport von Verletzten oder Kranken in ein Spital ist ihnen nicht gestattet. Sowohl die einheimischen als auch die internationalen Helfer:innen berichten, dass es weiterhin brutale «Pushbacks»

12. November fahren wir weiter nach Bihać, der Kantons Hauptstadt, und treffen Daka und Nicola von «Kompas», einer ebenfalls offiziell anerkannten Initiative, die ihren Ursprung in Sarajevo hat. Der Verein öffnete seine Räumlichkeiten im Januar 2022. Seither sind ca. 1300 Flüchtende vorbeigekommen. Das Lokal liegt ausserhalb der Stadt an der Route nach Velika Kladuša. Die Helfer:innen bieten den Vorbeiziehenden Tee an, waschen Kleider, laden Telefone auf und stellen Duschen zur Verfügung. Ausserdem können sich die Reisenden das Nötigste in einem Freeshop aussuchen.

Bei «Kompas» kommen seit rund drei Monaten viel weniger Menschen vorbei. Frauen und Minderjährige bleiben aufgrund erlebter Pushbacks und aus Angst vor dem

gibt, aber weniger als zuvor, und dass inzwischen «People on the Move», die in Kroatien ankommen, ein Papier erhalten, das sie auffordert, das Land innerhalb von sieben Tagen zu verlassen. So werden sie immerhin während sieben Tagen in Ruhe gelassen, um weiterreisen zu können. Neben den vielen afghanischen Geflüchteten sind neuerdings zahlreiche Schutzsuchende aus Burundi unterwegs, die visafrei nach Serbien einreisen konnten. Doch dieser Weg ist auf Druck der EU und der Schweiz inzwischen wieder versperrt. Einige von ihnen sind über Bosnien und Kroatien in der Schweiz angekommen, haben Asyl angefragt, sollen aber nach dem Dublin-Verfahren nach Kroatien zurückgeschafft werden.

Am Nachmittag des

Winter zumeist in den Camps, sowohl in Bihać als auch in Lipa – trotz sehr prekärer Verhältnisse. Deshalb vergeben die Helfer:innen momentan Kleider und andere Dinge an Einheimische, die selbst nicht viel haben.

Am Nachmittag des 13. November sind wir unterwegs von Bihać nach Sarajevo. Die Fahrt mit dem Auto geht durch Täler in hügeliger Landschaft, über ein Hochplateau im Nebel, durch Dörfer mit grazilen Minaretten und durch kleine Städte. Dort wo die Sonne durchkommt, taucht sie die Landschaft in ein sanftes herbstliches Licht, das die zerstörten Häuser, die wir fast überall sehen, unwirklich erscheinen lässt. Der Krieg ist seit 27 Jahren vorbei, doch die Wunden sitzen tief.

### Von Blechcontainern und Menschen

In Sarajevo angekommen, treffen wir Dijana Muzicka von der Caritas; sie ist die Verantwortliche für Migrationsfragen. Sie gibt uns einen Überblick, wo und wie die Caritas tätig ist, und ermöglicht uns, zwei Flüchtlingslager in der Umgebung zu besuchen. Wir werden von einer jungen Mitarbeiterin begleitet und fahren zuerst in das Camp von Uzevak für Familien und Minderjährige. Das Lager besteht hauptsächlich aus Blechcontainern mit Stockbetten. Die Caritas hat ein «Social Corner» eingerichtet, das heisst einen Raum, wo die aktuellen Bewohner:innen etwas trinken und sich mit Zeichnen oder Brettspielen beschäftigen können. Es scheint der einzige gastfreundliche Ort im Lager zu sein. Eine «Community Kitchen» ist in Planung, wo Geflüchtete ihr eigenes Essen kochen können. Auf der Wand eines Containers, in welchem sich ein kleines Nähatelier befindet, prangt das Bild einer modisch gekleideten muslimischen Frau unter dem Emblem der IOM (International Organization of Migration). Die IOM organisiert auch Modeschauen, so als ob sie nicht wüsste, wohin mit ihren Millionen, die sie von den Mitgliedsstaaten und der EU bekommt. Die Organisation ist präsent in der Verwaltung der staatlichen Camps und durch Plakate, welche die Menschen zur «freiwilligen» Rückkehr in ihre Herkunftsländer aufruft. Überhaupt haben verschiedenste Organisationen ihre Logos an die Container geklebt, darunter auch die

## #StopDublinKroatien

**Seit diesem Sommer erhalten die Anlaufstellen der Bleiberechtskollektive in der französischen Schweiz zahlreiche Unterstützungsanfragen von Asylsuchenden, denen die Dublin-Rückschaffung nach Kroatien droht.**

Die Berichte über ihren Aufenthalt in Kroatien haben Folgendes gemeinsam: Einerseits lassen die Behörden Dokumente in einer Sprache unterschreiben, welche die Schutzsuchenden nicht verstehen. Andererseits sind die Betroffenen oft erniedrigender Behandlung, körperlicher und sogar sexueller Gewalt ausgesetzt. Auch illegale Abschiebungen nach Bosnien und Serbien finden statt.

Angesichts der drohenden Ausschaffungen von der Schweiz nach Kroatien organisiert sich der Widerstand. Im Oktober wurde eine kollektive Aktion mit einem offenen Brief an das Staatssekretariat für Migration (SEM) gestartet, in dem dieses aufgefordert wird, die Rückführungen nach Kroatien sofort zu stoppen. Doch das SEM stellt sich weiterhin taub und trifft brutale und unbegründete

Abschiebungsentscheidungen. Mehrere Betroffene hatten nicht einmal Zeit, ihren Gesundheitszustand vor der Asylanhörung zu dokumentieren.

Um gegen diese Praktiken zu protestieren und um Druck auf das SEM auszuüben, wurde eine dringliche Petition lanciert. Sie können sie unter <https://act.campax.org/petitions/stop-dublin-kroatien> unterzeichnen. Die Petition wird voraussichtlich Mitte Dezember im Bundeshaus eingereicht. Bitte verbreiten Sie sie schnell in Ihrem solidarischen Bekanntenkreis!

Sophie Guignard, Solidarité sans Frontières  
Weitere Informationen auf dem Blog [sosf.ch](http://sosf.ch)



schweizerische «Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit» (DEZA). Doch die Lebensbedingungen für die Menschen bleiben hier sehr rudimentär. Zum Glück sind momentan nur rund zweihundert Menschen im Camp.

Danach geht es in das Camp von Blazu für allein reisende Männer, wo uns ein Mitarbeiter der Caritas empfängt und durchs Lager führt. Das Gelände ist wesentlich weitläufiger und über den Containern ragt ein Mirador in den Himmel, der aber nicht mehr in Betrieb sei. Das Camp wurde auf einem ehemaligen Militärgelände errichtet wie fast alle Lager in Bosnien-Herzegowina. Momentan sind 1800 Männer, vor allem aus Afghanistan da – bei einer Aufnahmekapazität von 2000. Auch hier gibt es kleine Projekte von der Caritas und anderen Organisationen, doch die Bedingungen bleiben äusserst prekär. Zur Mittagszeit reihen sich die Männer in eine lange Reihe ein, um Essen zu fassen. Es kann gut zwei Stunden dauern, bis der letzte verköstigt ist. Im Nachhinein fragen wir uns, wie weit solche Lagerbesuche sinnvoll sind. Man wird offiziell herumgeführt und bekommt das zu sehen, was man sehen darf, doch mit den Geflüchteten zu reden, ist kaum möglich. Wir denken, dass es trotzdem wichtig ist, einen Fuss in der Tür zu behalten.

### Eine neue Route nach Europa?

Im Lokal von «Kompas 071» in Sarajevo empfängt uns Ilma, eine junge, sehr herzli-

che Frau mit Hidschab, einem Kopftuch muslimischer Frauen. Die Initiative funktioniert mit drei bezahlten Personen und zwei Freiwilligen. Auch hier gibt es einen Freeshop, Waschmaschinen und Duschen. Bei ihnen kommen rund achtzig Menschen pro Tag vorbei. Sie berichtet uns ausführlich über die aktuelle Lage. Sarajevo ist immer noch ein wichtiger Durchgangsort, inzwischen auch Tuzla, von wo aus die Flüchtenden die Republika Srpska durchqueren, um bei Gradiška nach Kroatien und damit in die EU zu gelangen. Dabei handelt es sich um eine neue Route, die gefährlich ist. Viele Flüchtende sind schon beim Überqueren der Save bei Gradiška umgekommen. 90 Prozent der Reisenden sind momentan Afghan-inn-en. Denn die Türkei schickt Menschen aus Afghanistan massiv in ihr Herkunftsland zurück. Es kommen auch immer mehr Iraner-innen. Seitdem sich herumgesprochen hat, dass Kroatien ein «7-Tage-Papier» ausstellt, sehen die «People on the Move» wieder bessere Chancen.

Als wir auf dem Rückweg in die Schweiz in der kroatischen Hauptstadt Zagreb Vertreterinnen von «Are You Serious», «Border Violence Monitoring Network » und dem «Center for Peace Studies» treffen, klären sie uns auf. Das Dokument ist kein «Laissez-passer» für Europa – im Gegenteil, es fordert dazu auf, sowohl Kroatien als auch die EU zu verlassen. Die Odyssee der Schutzsuchenden ist damit nicht beendet. Ab 1. Januar 2023 wird Kroatien voraussichtlich Mitglied

des Schengen-Raums. Bis dann scheint eine etwas leichtere Praxis zu herrschen, wahrscheinlich auf Grund der vielen Kritiken wegen den Menschenrechtsverletzungen an der Grenze zu Bosnien. Kroatien möchte seine Aufnahme in den Schengen-Raum nicht verspielen. Doch was kommt danach? Eine noch stärkere Abschottung ist ab 2023 zu erwarten. Kroatien wird dann zum Wachhund des Schengener Raums.

Dass die Schweiz Asylbewerber-innen gemäss dem Dublin-Verfahren nach Kroatien zurückschiebt, kritisieren alle, die wir treffen. Die Menschenrechtssituation für Geflüchtete sei katastrophal. Unsere Gesprächspartnerinnen geben uns viele Informationen, die diese Tatsache belegen. In den Niederlanden und Deutschland sind nach Gerichtsentscheiden keine generellen Rückführungen mehr möglich.

Michael Rössler

\*Mitglieder der Delegation: Sophie Guignard, Solidarité Sans Frontières; Miriam Helfenstein, No-Frontex; vom EBF und Freundeskreis Cornelius Koch: Claude Braun, Camillo Römer, Michael Rössler.

1. Name von der Redaktion geändert

## ITALIEN

# Und was ist mit Riace?

**Am 5. November hallt in Marseille der Rathausplatz von italienischen antifaschistischen Slogans und Liedern wider. Eine kleine, mehrfarbige Menschenmenge wartet auf den Auftritt von Domenico Lucano, dem ehemaligen Bürgermeister von Riace, dem kleinen kalabrischen Dorf, das zum Symbol der Gastfreundschaft geworden ist und dem der Bürgermeister von Marseille, Benoît Payan, gerade die Ehrenmedaille der Stadt verliehen hat.**

Als er im Türrahmen auftauchte, hörte die Menge nicht auf, ihm zu applaudieren und alle möglichen Arten von Ermutigungen auszusprechen, während Lucano vor Rührung über den Ausdruck einer solchen Solidarität in Tränen ausbrach.

In einem kurzen Radiointerview wurde er nach seinen Eindrücken von diesem Empfang gefragt und Lucano antwortete: «Es ist immer eine grosse Genugtuung, wenn ich durch Italien und Europa reise und um mich

herum eine so starke, so schöne Solidarität spüre. Deshalb halte ich stand und schöpfe Kraft, um weiterzumachen. Ich möchte daher dem Bürgermeister von Marseille für diese Medaille danken, die in einem entscheidenden Moment des Gerichtsverfahrens, dem Berufungsverfahren, das voraussichtlich im Januar oder Februar 2023 enden wird, verliehen wird. Es zeigt mir noch mehr die tiefe Kluft, die in der Sicht auf die Fakten im Ausland im Vergleich zu Italien besteht. Wie ist

es möglich, dass sie so unterschiedlich ist? Auf der einen Seite der Alpen werde ich als Krimineller bezeichnet, wie das Strafmass, zu dem ich in erster Instanz vom Gericht verurteilt wurde, zeigt<sup>1</sup>, während ich auf der anderen Seite durch solche Ehrungen gewürdigt werde – ich hoffe, dass diese Medaille die italienischen Justizorgane zum Nachdenken anregt! Die ganze Welt äussert sich auf eine positive Weise über Riace – ich kann die Solidaritätsbekundungen und die Anerkennung, die ich in den letzten Jahren erhalten habe, gar nicht mehr zählen. Zuerst war ich überrascht, aber dann habe ich verstanden: In einer Welt, in der immer mehr Mauern und Stacheldraht errichtet werden, ist die kleine Gemeinde von Riace zum Symbol der Hoffnung auf eine bessere Welt geworden.»

In Italien hat gerade der Berufungsprozess gegen Domenico Lucano und das «Riace-Modell» begonnen. Angesichts des politischen Kontexts, in dem der Prozess stattfinden wird, d. h. nach dem Sieg der extremen Rechten bei den letzten Wahlen, wird es immer schwieriger, über eine bessere Welt und die Hoffnung auf Gerechtigkeit zu sprechen. Domenico Lucano war bereits Salvinis «persönlicher Feind», als dieser als damaliger Innenminister seine schurkischen Dekrete

über die Schliessung italienischer Häfen für Rettungsschiffe verkündete. Dekrete, die in diesen Tagen wieder traurige Aktualität erlangen, wo wir tausende Menschen in Booten zusammengepfercht treiben sehen, denen der Zugang zu einem Hafen verweigert wird, es sei denn, es besteht Lebensgefahr – eine Gefahr, die durch Inspektionen an Bord überprüft werden muss. Die anderen Menschen, so zitiere ich den neuen italienischen Innenminister, seien «eine Restbelastung», die anderswo untergebracht werden müsse: «Amen.» Denn man darf nicht vergessen, dass sie die Verteidigerinnen der «christlichen Werte» sind! Welche das genau sind, wissen wir nicht. Vielleicht die Weihnachtsbeleuchtung.

Für die in Italien regierende Rechte ist es Ehrensache, die NGO-Schiffe daran zu hindern, an der italienischen Küste zu landen; das haben sie ihren Wählerinnen versprochen. Es geht darum, aufzuzeigen, dass der Empfang der Geflüchteten unmöglich ist. Insbesondere eine würdige Aufnahme mit

sozial interessanten Angeboten, wie dies in Riace der Fall war. Der Prozess gegen Domenico Lucano und das Riace-Modell ist also tatsächlich ein politischer Prozess. Es war immer dringlicher geworden, diese Erfahrung der Menschlichkeit zu kriminalisieren, sie zu zerstören und die Erinnerung daran auszulöschen.

Auf meine Frage, ob sie mit dem Schuldspruch jetzt ihr Ziel erreicht hätten, antwortet mir Domenico Lucano: «Paradoxerweise wurde der Schuldspruch, der das Experiment von Riace hätte beenden sollen, zum Funken einer Wiedergeburt. Auch wenn ich mich gegen den Gedanken empöre, dass jedes Projekt nur durch Geld realisiert werden kann, hat die Spendensammlung, die seither Riace unterstützt hat, es uns ermöglicht, die Gastfreundschaft wieder aufleben zu lassen. Wir haben fünf Familien aus Afghanistan und viele Menschen aus Subsahara-Afrika aufgenommen, vor allem Frauen und Kinder, die aus Deutschland abgeschoben wurden. Wir haben eine Schule, eine Kindertagesstätte und

eine Kantine eingerichtet. Die Werkstätten haben ihre Türen wieder geöffnet. Das globale Dorf erwacht zu neuem Leben. Ein Paar aus Herat, das vor der Verfolgung durch die Taliban geflohen und gerade in Riace angekommen ist, baut jetzt ein Kunstatelier auf. Wie der Papst sagte: «Wenn ein Versuchslabor entsteht, bricht ein Gefängnis zusammen.»

Am 30. November wird in der Berufungsverhandlung das Wort an die Verteidigung übergehen. Wir warten auf dieses Datum, um eine umfassende juristische Neubewertung vornehmen zu können – in einem Kontext, der leider immer schwärzer und erdrückender wird und in dem Solidarität immer mehr zu einem Verbrechen werden soll.

Barbara Vecchio

1. Domenico Lucano wurde in erster Instanz zu 13 Jahren und zwei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 500.000 Euro verurteilt. Eine völlig ungerechte und masslose Strafe, die das Gewissen vor Empörung erzittern lässt.

## IRAN/BUCHTIPP

# Geschichte der iranischen Linken

**Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt die Erwähnung des Ländernamens Iran weltweit Anlass für Hoffnungen, solche, die mit Sehnsüchten nach tiefgreifender Veränderung verbunden sind. Schon einmal war dies der Fall als in den Jahren 1977 bis 79 eine spektakuläre Massenbewegung dieses Land umfasste.**

Es war die erste Revolution ausserhalb Europas, die überwiegend urban geprägt war – die Hälfte der Bevölkerung lebte damals in Städten, heute sind es bereits 76 Prozent – und die bis zu zehn Millionen Menschen gleichzeitig auf die Strassen brachte, in einem Land mit einer Bevölkerung von damals vierzig Millionen Menschen (heute doppelt so viele). Dann folgte der jähe Absturz. International wurde der Name des Iran vielfach mit Folter, Hinrichtungen, Repression und diktatorisch verordnetem Rückschritt in Verbindung gebracht. Grund genug, sich erneut diesem Land zuzuwenden.

Den Verfasser dieser Zeilen beschäftigt es seit 32 Jahren. Unvergessen die Ankunft in Sanandaj, der Hauptstadt des iranischen Kurdistans, eines Morgens im September 1992. Genau eine Woche zuvor waren vier iranisch-kurdische Oppositionspolitiker in Berlin im Restaurant «Mykonos» ermordet worden. Eine ganze Stadt redete von Politik, überall, an allen Ecken, trotz greifbarer, allgegenwärtiger

Angst vor Repression. Kein Wunder, dass auch von diesem Teil des Iran die Initialzündung zur jüngsten Revolte ausging, der Massenbewegung, die nach wie vor anhält und mittlerweile den ganzen Iran erfasst.

Iranische Linke in Deutschland publizierten im vergangenen Jahr eine Monografie zu einer Bewegung der revolutionären Linken in diesem Land, zur «Guerillaorganisation der Volksfedayin des Iran». Sie beruht auf der Diplomarbeit ihres Genossen Huschang (Karim) Dinarvand, die er im Jahr 1989 vorlegte. Herausgegeben wurde sie durch den «Prison's Dialogue», von einer Gruppe im Exil lebender ehemaliger politischer Gefangener aus dem Iran. Es war höchste Zeit, dass eine ausführlichere Darstellung zur iranischen Linken und ihrer Geschichte auch in Buchform vorliegt. Zumal sich in Teilen der europäischen Linken hartnäckig Vorstellungen halten wie die folgende: Die derzeit regierende islamistische Fraktion des Ayatollah Ruhollah Khomeini (verstorben 1989)

und seiner Nachfolger sei die legitime Erbin der Revolution von 1978/79 und «durch die Volksbewegung legitimiert». Deshalb sei die Gegnerschaft zu ihr wesensmässig «konterrevolutionär» oder «pro-imperialistisch». Eine grundfalsche Annahme, die verkennt, dass ab März 1979 die innenpolitische Entwicklung im Iran – nach dem revolutionären Sturz des Shah-Regimes – schnell qualitativ in einen konterrevolutionären Prozess umkippte. In dessen Verlauf wurde nicht allein die politische Linke, sondern die gesamte Bevölkerung mit Staatsterror und Repression überzogen.

### «Kämpfende des Volkes»

Die «Volksfedayin», welche 1971 gegründet wurden und als bewaffnet kämpfende Organisation in Erscheinung traten, bildeten eine der wichtigsten revolutionären Kräfte. Ihre Vorläufergruppen ab 1963, deren Entstehung und Strategiediskussion der Autor ausführlich darlegt, bildeten sich vor dem Hintergrund der so genannten «Weissen Revolution», einer von oben durchgeführten Landreform, welche die bisherigen feudalen Beziehungen auf dem Land aufbrach, um den Iran stärker für das internationalisierte Kapital und den Warenverkehr zu öffnen. Die iranische Gesellschaft erfuhr dadurch eine gesellschaftliche Umwälzung, die ein autoritäres Regime – nämlich dasjenige des Shah – kanalisierte. Zehn Jahre zuvor war mit dem durch den Shah initiierten Putsch gegen Premierminister Mohammad Mossadegh der Versuch einer stärker autozentrierten Entwicklung des Iran zerschlagen worden. Im traditionsmarxistischen Sprachgebrauch

würde man von einer «national-demokratischen Phase» sprechen, die verhindert wurde.

Die Volksfedayin, deren Name nur ungefähr mit «Kämpfende des Volkes» zu übersetzen ist, gründeten sich auch in Auseinandersetzung mit der Passivität der Tudeh-Partei (Partei der Massen) genannten pro-sowjetischen KP. Letztere setzte stets eher auf die Entwicklung der Produktivkräfte, und nach Beginn der islamistisch geführten Konterrevolution 1979 suchte sie noch jahrelang die vermeintlich positiven antiimperialistischen Tendenzen innerhalb des Regimes zu stützen und dieses im Sinne aussenpolitischer Interessen der UdSSR zu beeinflussen. Erst ab 1984 brach eine brutale Repression auch über die zentralen Strukturen der Tudeh-Partei herein. Andere Oppositionskräfte waren im Inland längst weitgehend zerschlagen.

Die Volksfedayin spalteten sich 1979 auf, im Kontext einer kontroversen Diskussion darüber, wie die Spannungen zwischen dem neuen Regime und den USA einzuschätzen seien und welche Widersprüche – die zu den imperialistischen Mächten, die zum Kurs der neuen Führung – vorrangig zuzuspitzen seien. Von der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes, für die schon früh die innerorganisatorische Dissidentin Aschraf Deghani eintrat, über die ebenfalls frühzeitig oppositionelle Fedayin-Minderheit bis zu der zunächst mit der Tudeh-Partei zusammenarbeitenden Fedayin-Mehrheit reichte die

Spannbreite der Positionen, die sich in einem angespannten und widerspruchsreifen Kontext entwickelten.

### Die Diskussion fängt erst an

Zu den Stärken des Buches zählt, dass der Autor die Errungenschaften der Massenbewegung und der Linken in den ersten Monaten der Revolution und die Verankerung der Volksfedayin darin darlegt: Die Bewegung der nationalen Minderheiten in den turkmenischen Gebieten und in Kurdistan, die Student-inn-en- und die Frauenbewegung werden ausführlich dargestellt, ebenso wie die sprunghaft zunehmende Repression des neuen Regimes. Hier wird deutlich, welche Widerstände der Übergang von der Revolution zur Konterrevolution brechen musste.

Nun zu der wichtigsten Schwäche des Buches: Die Darstellung bleibt 1988/89 stehen, zu der Zeit als Dinarvand seine Doktorarbeit abschloss. Innerhalb des Iran konnte die linke Opposition ihre Strukturen von vor 1979 aufgrund brachialer Repression seit jener Zeit nicht wieder bilden. Doch im Ausland führten ihre Mitglieder zahlreiche Diskussionen, zogen Bilanz, schlossen Bündnisse mit Kräften in ihren Exil-Ländern, gewannen neue Erkenntnisse. Hier müsste eine Analyse der Jetztzeit ansetzen. Das Buch verteidigt die unter anderem auf dem Imperialismusbegriff fussenden Analysen der iranischen Linken in der beobachteten Zeit – und

dies zu Recht. Aber in Zeiten, in denen von links wie von rechts weltweit oft behauptet wird, das bestehende iranische Regime verkörpere eine Form von Antiimperialismus, wäre es unabdingbar, hier scharf Bilanz zu ziehen – welcher Imperialismusbegriff ist richtig, welcher vielleicht falsch, welche Konzepte lassen sich nicht von rechten Kräften, wie etwa den Khomeini-Kräften vereinnahmen? Inwiefern hatten damalige Analysen einen «Zeitkern», oder sind sie unverändert richtig? Die Diskussion fängt erst an und ist auf keinen Fall beendet. Dinarvand hat mit seiner Monografie einen Beitrag dazu geleistet und an ein wichtiges Kapitel der iranischen Geschichte erinnert. Nur darf dieses nicht etwa als abgeschlossen dastehen. Die Lektüre seines Buches ist nachdrücklich empfohlen. Wünschenswert wäre, dass die Erkenntnisse, die sich aus ihr ergeben können, in einen in die Zukunft weisenden Dialog einmünden. Und dass eine nächste Auflage auch darüber berichtet, welche Bündnisse die Exilmitglieder der Volksfedayin in jüngerer und jüngster Zeit knüpften. Und wie sie, wenn es dazu kommt (wie wir nachdrücklich hoffen), in die weitere Geschichte des Iran – die heute beginnt – eingreifen.

Bernard Schmid

Huschang (Karim) Dinarvand: Geschichte, Struktur und Politik der Guerillaorganisation Volksfedayin Irans. Hrsg: Prison's Dialogue, im Selbstverlag, 2021 (erste Auflage), 205 Seiten. Kaufpreis 15 Euro. Bestellungen bitte unter: [book@dialogt.info](mailto:book@dialogt.info)

## INTERSEKTIONALITÄT/BUCHTIPP

# Wo wir sprechen – Schwarze Diskursräume

**In ihrem neuen Buch zeigt Djamila Ribeiro, eine der bedeutendsten Stimmen des modernen afrolateinamerikanischen Feminismus, neue Perspektiven für die Intersektionalität von Rassismus, Klassismus und Sexismus auf.**

Aus der Perspektive des Schwarzen Feminismus behandelt sie Problematiken und kritisiert Dynamiken, die mit westlich-wissenschaftlich orientierten und dominierten Formen von Wissen und Wissenschaft einhergehen. Ribeiro hebt die Bedeutung von Wissensformen und -beständen hervor, die in innovativer Weise in Schwarzen/afrodiasporischen/afrolateinamerikanischen soziopolitischen Widerstandsbewegungen entstehen und von mehrfach Marginalisierten ausgehen und weitergetragen werden.

«Wo wir sprechen» von Djamila Ribeiro. Mit einem Vorwort von Grada Kilomba. Erschienen im September 2022. Herausge-

geben von Inajá Correia Wittkowski, Jamila Adamou und Ana Graça Correia Wittkowski. Übersetzt aus dem brasilianischen Portugiesisch von Inajá Correia Wittkowski. Kontaktmöglichkeit für Veranstaltungsanfragen etc.: [wowirsprechen@edition-assemblage.de](mailto:wowirsprechen@edition-assemblage.de)

### Leseprobe:

Es existieren zahlreiche Arten von politischen, kulturellen und intellektuellen Organisationen. Das Problem ist, dass die gesellschaftlichen Bedingungen die Sichtbarkeit und die Legitimität dieser Beiträge beeinträchtigen. Eine einfache Frage hilft uns, darüber nachzudenken: Wie viele Schwarze

Autor:innen haben Sie, werte:r Leser:in, falls Sie eine akademische Laufbahn eingeschlagen haben, im Studium gelesen? Wie viele Schwarze Dozent:inn-en hatten Sie? Wie viele Schwarze Journalist:inn-en gibt es in den Redaktionen, selbst bei den sogenannten alternativen Medien?

Diese aus der sozialen Stellung resultierenden geteilten Erfahrungen verhindern, dass die Schwarze Bevölkerung Zugang zu bestimmten Räumen hat. In diesem Zusammenhang können wir feststellen, dass es möglich ist, ausgehend vom feminist standpoint von Schwarzen Diskursräumen zu sprechen: Der verwehrt Zugang zu bestimmten Räumen geht mit dem Fehlen von Beiträgen und Epistemologien dieser Gruppen in den jeweiligen Räumen einher; die Abwesenheit an Universitäten, in Kommunikationsmedien, in politischen Institutionen beispielsweise verhindert, dass die Stimmen der Individuen dieser Gruppen erfasst und gehört werden, auch die derer, die Zugang zum Internet haben. Diskurs beschränkt sich nicht auf den Akt des Sprechens von Wörtern, sondern ist die Möglichkeit zu existieren.

Auszug aus *Wo wir sprechen* von Djamila Ribeiro

[www.edition-assemblage.de/buecher/wo-wir-sprechen/](http://www.edition-assemblage.de/buecher/wo-wir-sprechen/)



# Ein Brief aus China

**Es ist sehr selten, dass Chines·inn·en, die nicht zur Elite gehören, ihre Gedanken über die Entwicklung der Gesellschaft ihres Landes, die soziale Kontrolle oder die politischen Tabus äussern. Wir veröffentlichen hier einen Brief, der uns von einer glaubwürdigen Quelle erreicht hat und uns einen Einblick in die aktuelle Situation gibt, wie sie von innen heraus erlebt werden kann.**

Heute ist der Alltag der Chinesen·inn·en sehr beschwerlich, man muss alle drei Tage einen PCR-Test machen, um normal reisen zu können. Chinas Anti-Epidemie-Politik hat zu vielen unmenschlichen Situationen und Tragödien geführt. Auch wenn diese Informationen in China gesperrt sind, kann man einen Teil davon immer noch auf YouTube finden.

Die wirtschaftliche Lage Chinas, gekoppelt mit der Politik der Seuchenprävention, hat sich verschlechtert und alle Lebensbereiche wurden in Mitleidenschaft gezogen. Es ist schwieriger geworden, Geld zu verdienen und einen Arbeitsplatz zu finden. Dies gilt für viele Berufe. Viele Menschen haben die grossen Metropolen verlassen und sind in ihre Heimatstädte zurückgekehrt. Manche Menschen mit gesundheitlichen Problemen möchten ins Ausland auswandern, und diejenigen, die keine gesundheitlichen Probleme haben, können nur ausharren, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Man kann nur an sich selbst denken, was zu Egoismus und Gleichgültigkeit in der Gesellschaft führt.

Ich weiss nicht, was wir ändern können, zumindest in China ist die Macht des Einzelnen zu schwach, und es gibt keine Chance, eine kollektive Macht zu bilden. Als ich älter wurde, war die Kontrolle über das gesprochene Wort am stressigsten; viele Nachrichten überlebten keine fünfzehn Minuten im chinesischen Internet. Ich weiss nicht, wie das Leben in einem demokratischen Land aussieht, aber zumindest kann jeder seine Unzufriedenheit ausdrücken. Hier kann man nicht einmal sprechen. Ich bin froh, dass Sie bereit sind, mir zuzuhören. Viele sind abgestumpft, aber es gibt auch Menschen, die mit ihrem derzeitigen Leben unzufrieden sind.

## Sensible Wörter und Themen

Die meisten Menschen diskutieren im Alltag nicht über die Taiwan-Frage. Viele verstehen die grundlegende Geschichte der Taiwan-Frage nicht. Selbst wenn einige Menschen darüber diskutieren, bleiben ihre Meinungen von der Erziehung und Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas geleitet. Zum Beispiel: «Taiwan ist ein unveräusserlicher Teil Chinas.»

Ich habe Freunde aus Taiwan, die mit Ingenieuren in Peking kommunizieren, und wir diskutieren gelegentlich über diese Fragen. Meine persönliche Meinung ist, dass die Frage, ob Taiwan zu China gehört oder nicht, historisch umstritten ist, dass es unmöglich ist, zu einem Ergebnis zu kommen, das alle zufrieden stellt. Deshalb denke ich, es ist bes-

ser, den Status quo beizubehalten, weil jede grössere Veränderung das Leben der einfachen Leute beeinflussen wird. Es würden Umwälzungen geschehen, gute und schlechte, aber Umwälzungen sind oftmals schlechter als ein stabiles Leben. Ich denke jedoch, dass die Kommunistische Partei Schritte unternehmen wird, um Taiwan zu annektieren. Dies entspricht ihrem politischen Bedürfnis nach einer «grossen Verjüngung der chinesischen Nation».

Es gibt zu viele «sensible Themen» und «sensible Wörter», die im Internet nicht erwähnt werden dürfen. Wenn davon eine wichtige Gruppendiskussion betroffen ist, kann es sein, dass Personen eine Verwarnung erhalten oder sogar von der Polizei festgehalten werden. Daher sprechen kluge Menschen selten im Internet. Diejenigen, die sich dort äussern, sind oft irrationale Personen, die ihren Patriotismus zum Ausdruck bringen. Viele sprechen sogar absichtlich über sinnlose patriotische Themen, um Aufmerksamkeit zu erregen. Wenn Sie irrationalen, patriotischen Kommentaren widersprechen, werden Sie möglicherweise denunziert, Ihr Konto wird mit Redeverbot belegt oder sogar gesperrt.

## Die Angst der Regierung

In der ersten Hälfte dieses Jahres hat sich im Internet etwas Interessantes abgespielt. In diesem Zeitraum ereigneten sich, während des Lockdowns in Shanghai, zahlreiche Tragödien. Viele Menschen nahmen ihr Leben auf Video auf. Eine Person schnitt diese Videos schliesslich zusammen und drehte einen fünf- oder sechsminütigen Dokumentarfilm. In diesem Kurzfilm gibt es keine Bemerkungen gegen die Regierung oder direkte Stellungnahmen. Er fügt lediglich Sequenzen zusammen, welche die tatsächlichen Veränderungen im Leben eines jeden Einzelnen zeigen. Natürlich können viele Menschen verstehen, was das bedeutet. Das Video wurde vielfach im Internet neu gepostet und von der Regierung gelöscht. Dies dauerte mehrere Tage. Die Internetnutzer·innen sagten, dass sie es erneut posten würden, wenn es verschwindet. Es wurde zu einem Wettbewerb zwischen den Internetnutzer·innen und der Regierung. Natürlich hat sich diese Angelegenheit nach einigen Tagen allmählich beruhigt. Glücklicherweise betraf es eine relativ grosse Anzahl von Menschen und, soweit ich weiss, wurde niemand dafür bestraft. Dies machte mir einen Punkt bewusst: Wenn eine Gruppe gross genug ist, um sich zusammenzuschliessen, hat die Regierung Angst; sie kann nicht

so viele Menschen verhaften, sie kann nur «ein Huhn töten, um die Affen zu verscheuchen», ein Sprichwort, das bedeutet: Sie kann nur ein Exempel statuieren. Das ist auch der Grund, warum die chinesische Regierung Angst vor der Macht der Zivilgesellschaft hat und deren Organisationen kontrolliert. Heute werden sogar christliche Kirchen überwacht, und die Aktivitäten der Kirchen müssen unter von der Regierung installierten Kameras stattfinden.

Ein so schwerwiegender Vorfall wie der auf der SiTong-Brücke ist in China sehr selten. Am 8. Oktober hängte ein als Arbeiter verkleideter Mann Transparente an diese Strassenbrücke in Peking: Slogans gegen die Gesundheitspolitik und vor allem gegen den chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Der Mann wurde festgenommen und verschwand, ebenso wie die Bilder und Kommentare zu dem Ereignis, die in den sozialen Netzwerken Chinas vollständig zensiert wurden. Die meisten Menschen trauen sich nicht zu protestieren, dennoch haben sich viele Einzelpersonen, die ungerecht behandelt wurden, anschliessend bei der Regierung beschwert. Die Überlebensdauer im Internet ist in China sehr kurz. Es heisst, dass nach dem SiTong-Vorfall die meisten Kontosperrungen in der chinesischen Geschichte verhängt wurden – mit über 600.000 gesperrten WeChat<sup>1</sup>-Konten.

Ich fasse die Logik der Sprachkontrolle grob zusammen: Private Gespräche unter vier Augen oder Gruppendiskussionen, an denen nur wenige Menschen teilnehmen, sind in der Regel kein Problem. Aber wenn jemand aus der Gruppe auf öffentlichen Plattformen wie Moments<sup>2</sup> oder Weibo<sup>3</sup> veröffentlicht, wird sein Konto in der Regel gelöscht, und wenn er die öffentliche Meinung in grossem Umfang beeinflusst, kann er bestraft werden.

## Ich rede für mich

Was ich gerade erzählt habe, ist das, was ich sehe und was ich denke. Natürlich kann ich «die Chinesen» nicht repräsentieren, und ich bin auch nicht typisch. Meiner Meinung nach sind die meisten Menschen politisch unsensibel, und vielen fehlt sogar der grundlegende gesunde Menschenverstand, um alle diese Fragen zu beurteilen. Und überhaupt: Jede·r hat Angst, über Politik zu sprechen. Man kann es nur vorsichtig und im Privaten tun. Ich weiss nicht, wie viele Menschen unabhängig denken, aber es muss sich um eine Minderheit handeln. Ein Freund sagte mir, er habe den Eindruck, dass während der Epidemie der letzten Jahre immer mehr Menschen aufwachten, aber ich stimme dem nicht zu. Ich denke, dass die meisten immer noch betäubt und passiv sind. (...)

Ich behaupte nicht, dass das, was ich geschrieben habe, richtig ist, und ich respektiere, dass andere eine andere Meinung haben, aber ich habe manchmal den Eindruck, dass zu viele Menschen zu stark durch Ideologie, Bildung und staatliche Propaganda (wir haben ein Wort dafür: xi nao, Gehirnwäsche) indoktriniert werden, so dass sie den gesunden Menschenverstand und die einfachste Logik verlieren. Und vielen Menschen fällt es schwer zu akzeptieren, dass jemand eine andere Meinung hat als sie selbst, also ist es besser, nicht zu sprechen, als eine unangenehme Diskussion zu führen. Ich benutze

seit langem ein VPN<sup>4</sup> und es kostet jedes Jahr Hunderte von Dollar. Wenn es nicht mehr funktionieren würde, fühlte ich mich sehr gefährdet, weil es die einzige Möglichkeit für mich ist, eine normale Verbindung zur Aussenwelt zu haben. In meinem Beruf habe ich einen grossen Bedarf an Informationen. Sie müssen wissen, wie schlecht die Suchmaschine von Baidu<sup>5</sup> ist. Wenn Sie eine Suchanfrage stellen, sind die ersten Inhalte, auf die

Sie stossen, in der Regel irreführende kommerzielle Werbung, und wenn es um berufliche Inhalte geht, findet Baidu nicht viel. Wie dem auch sei, ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Zhang Wei<sup>6</sup>

1. In China sehr beliebte mobile Anwendung für Text- und Sprachnachrichten. Im Jahr 2018 und zählte weltweit mehr als eine Milliarde Konten.

2. Von WeChat bereitgestellter Mikroblog-Dienst

3. Chinesische Webseite für Mikroblogging.

4. Ein System, das eine direkte Verbindung zwischen entfernten Computern herstellt, deren Austausch vom übrigen Datenverkehr in öffentlichen Telekommunikationsnetzen isoliert ist und so Diskretion gewährleistet.

5. Chinesisches Internetunternehmen mit einer chinesischsprachigen Suchmaschine. Vor dem Hintergrund der Zensur wird der Chef von Baidu im Jahr 2018 Vizepräsident eines Verbandes, in dem 300 Internetunternehmen zusammengeschlossen sind, um die «zentralen Werte des Sozialismus» und die regierende Kommunistische Partei zu unterstützen.

6. Aus Sicherheitsgründen verwendet der Autor das Pseudonym Zhang Wei, das die in China gebräuchlichste Kombination aus Vorname + Nachname ist.

## KLIMA/FRANKREICH

# Gefährliches Grossprojekt

«Öko-Terrorismus» lautete in Frankreich in den ersten Novembertagen das Reizwort der Woche. Es wurde durch Innenminister Gérard Darmanin geprägt und bezog sich auf Vorfälle bei einer Demonstration gegen den Bau von sechzehn Wasserrückhaltebecken in Sainte-Soline.

Die Auseinandersetzungen im westfranzösischen Département Saint-Soline sind nicht beendet, sondern dürften in Wirklichkeit erst begonnen haben. Es geht dort um die Verhinderung eines umweltgefährdenden Grossprojektes in Gestalt von Wasserrückhaltebecken, die aus den Grundwasserreserven gespeist werden sollen; insgesamt sechzehn grössere Reservoirs sind geplant. Deren Inhalt soll der Intensivlandwirtschaft zur Verfügung stehen, insbesondere dem Maisanbau, welcher aufgrund seines besonders hohen Wasserverbrauchs in Zeiten des Klimawandels und damit zusammenhängender Dürreperioden zunehmend umstritten ist. Aktuell hält die im Dezember vergangenen Jahres in Frankreich ausgebrochene Trockenperiode immer noch an, und 85 Prozent des französischen Staatsgebiets unterliegen nach wie vor Restriktionen beim Wasserverbrauch gegenüber mehr als 90 Prozent im Spätsommer. Agrarexpertinnen favorisieren mittlerweile oft eine Umstellung der Landwirtschaft etwa auf den Anbau genügsamer Getreidearten wie Sorgho, einer in Afrika viel genutzten Hirsesorte, um sich den Erfordernissen des Klimawandels anzupassen. Mais gilt jedoch als Gewinn versprechend, ohne hohen Investitionsaufwand, und wird in der Intensivtierhaltung wiederum zu Futterzwecken verwendet.

Nur sechs Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in dem westfranzösischen Département, also rund 100 von insgesamt 1800, würden Nutzen aus den Rückhaltebecken ziehen, die wiederum die Grundwasservorräte weiter aufzuzehren drohen. Überdies wird das bei Touristinnen beliebte und für die Artenvielfalt wertvolle Feuchtgebiet der «marais poitevins» dadurch gefährdet. Da die Baumassnahmen zugleich überwiegend durch die öffentliche Hand finanziert werden, jedoch privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und einem bestimmten, umstrittenen Typ

von Landwirtschaft zugutekommen, herrscht auch in unmittelbarer Nachbarschaft Unmut darüber.

Ein Landwirt, der selbst Getreide anbaut und einen wenig wasserintensiven Betrieb führt, stellte den Protestierenden deswegen sein Gelände zur Verfügung. Bis zum 19. Mai kommenden Jahres, wie er gegenüber den Medien immer wieder betont, da ab dem 20. Mai für eine dreimonatige Brutzeit örtliche Vogelschutzmaßnahmen in Kraft treten und das Gebiet dann vor menschlichem Zutritt geschützt wird. So lange werden jedoch Protestcamps auf seinem Acker bleiben können, die vor dem Zugriff der Sicherheitskräfte geschützt sind, da der Landwirt als Eigentümer das Hausrecht innehat.

Der Bauzaun liegt von dort, wo die Masse der Protestierenden campierte und sich zur Auftaktkundgebung sammelte, rund anderthalb Kilometer entfernt. Den Demonstrationzug von rund 8000 Menschen hingegen hatte die Präfektin – die Vertreterin des Zentralstaats in der Kreishauptstadt – vorab verboten, wobei die Verbotsverfügung bekannt wurde, als viele der Teilnehmenden sich bereits auf der Anreise befanden. Vor diesem Hintergrund versuchten starke Kräfte von Polizei und Gendarmerie – 1500 bis 1600 Beamte waren zusammengezogen worden – den Übertritt vom privaten Grundstück zum Baugelände zu verhindern und den Bauzaun abzuschirmen. Dieser wurde unter Einsatz von Knüppeln und Tränengas geschützt. In Reaktion darauf kam es zu Würfen von Gegenständen. Insgesamt wurden laut Angaben der Regierung um die sechzig Gendarmenbeamte verletzt, hingegen sprachen Protestbeteiligte umgekehrt von sechzig verletzten Demonstrationsteilnehmerinnen.

Darmanin prägte vor diesem Hintergrund seinen Ausdruck vom angeblichen «ökologischen Terrorismus», in Anlehnung an eine Debatte in den USA in den 1980er und 1990er Jahren. Dort ging es allerdings damals um Gruppen, die etwa bei «Tierbefreiungsaktionen» tatsächlich auch Waffengewalt einsetzten. In Frankreich wiesen im aktuellen Kontext, in dem es um so genannte Demonstrationsstraftaten, aber in keinem Falle um potenziell tödliche Gewalt oder auch nur um Straftaten gegen unbeteiligte Dritte ging, viele Medien- und Oppositionsvertretende deswegen das Gerede von «Terror» zurück und erklärten, dass dies reale Terrorismusopfer wie diejenigen des Bataclan in Paris verhöhne.

Applaus für das Vorgehen des Innenministeriums kam hingegen von der Rechtsopposition, von der konservativen Partei Les Républicains, aber auch dem rechtsextremen Rassemblement national (RN), welches sich zwar gerne als Protestpartei inszeniert, jedoch eine französische, nationale Intensivlandwirtschaft – Umweltschäden hin oder her – grundsätzlich für eine gute Sache hält. Dessen Abgeordnete Edwige Diaz stellte jedenfalls bei einem Interview klar: «Ich unterstütze weder die Anliegen noch die Methoden der Protestierenden.»



Le soulèvement de la terre. Vincent Gallais



Von der linken Seite hingegen nahmen sowohl die linkspopulistische Wahlplattform LFI (La France insoumise, «Das unbeugesame Frankreich») als auch die grüne Partei EE-LV an der Demonstration in Saint-Soline teil. Die grüne Abgeordnete Lisa Belluco wurde selbst durch Gendameriebeamte bedrängt, geschubst und leicht verletzt, obwohl sie sich zum Zeitpunkt des Geschehens rund einen Kilometer vom Bauzaun entfernt befand.

Die Teilnahme der Mandatsträgerin an einer verbotenen Demonstration gab wiederum zu einer Kampagne in bürgerlichen Leitmedien Anlass, welche die mangelnde Staatsloyalität von Gewählten monierten. Bei den Privatfernsehsendern RMC und BFM TV etwa liefen den gesamten 1. November – Allerheiligen ist in Frankreich ein gesetzlicher Ruhetag – hitzige Talkshowdebatten zu genau dem Thema. Der etablierte Politikjournalist Benjamin Duhamel stellte etwa den vernünftigen deutschen Grünen, die durch Regierungsbeteiligung so viel erreicht hätten, die, in seiner Darstellung, gefährlich am

Abgrund wandelnden Mitglieder der französischen Ausgabe der Ökopartei entgegen. (...)

Im Vorfeld des Klimagipfels COP27 nahmen auch in Frankreich Aktionen von Umwelt- und Klimaaktivisten zu. So wurde mehrfach die Pariser Ringautobahn blockiert, und die Figur des britischen König Charles III im Pariser Wachsfigurenkabinett Musée Grévin bekam einen Tortenwurf ab. Auch die Klimabewegung traf unterdessen zwar nicht direkt, sondern indirekt der Terrorvorwurf. Das 2021 verabschiedete «Anti-Separatismus-Gesetz», das sich vorgeblich gegen radikalen Islamismus mittels Angriffs auf «Parallelgesellschaften» richtet, wurde seit September dieses Jahres gegen die gewaltlos agierende Klimaschutzbewegung Alternatiba in Stellung gebracht: Der Regionalpräfekt im westfranzösischen Poitiers will der dortigen grünen Rathausregierung eine kommunale Subvention für Alternatiba verbieten. Dazu bemüht er das «Gesetz gegen Separatismus», weil dieses vorschreibt, NGOs und Vereine hätten auf dem Boden der «Werte der Repub-

lik» zu stehen. Aufrufe zu zivilem Ungehorsam sind in seinen Augen damit unvereinbar. Nichtregierungsorganisationen hatten im Vorjahr vor einer stärkeren staatlichen Allgemeinkontrolle nach Verabschiedung dieses Gesetzes gewarnt.

Was die Behörden dagegen in Saint-Soline vor allem befürchteten, wäre die dauerhafte Installation eines Protestcamps von Platzbesetzer:innen im Stile der ZAD («Zu verteidigende Zone»), die fünf Jahre lang die Widerstände gegen das Vorhaben eines gigantischen Flughafenausbaus in Notre-Dame-des-Landes in der Nähe von Nantes begleitet haben – das Vorhaben wurde verhindert; die Regierung gab es 2018 auf.

Den letzten Toten bei einer Demonstration gab es in Frankreich mit Rémy Fraisse im Oktober 2014 ebenfalls aus Anlass eines ökologischen Protests gegen eine kritikwürdige Wasserpolitik, dessen Hintergründe mit dem jetzigen zu vergleichen sind.

Bernard Schmid

## HÖR- UND LESETIPP

# Dem Fluss des Lebens entlang

**Die Gruppe Musique Simili, bekannt für originelle, berührende und feurige Auftritte in der Schweizer Musikszene, unternimmt mit ihrer neuesten Produktion «Danube, mon amour» eine lyrisch-musikalisch-malerische Reise entlang einer imaginären Donau nach Gedichten von Michael Rössler, der neben seiner Poesie auch Artikel für Archipel schreibt.**

«Danube, mon amour» handelt von Gefühlen in der Kindheit, dem Erwachen von Eros und Liebe, vom Widerstand gegen Krieg und Unterdrückung, von Sehnsucht und Hoffnung. So ist diese Reise nicht den Palästen und Königen gewidmet, sondern den Hütten und einfachen Menschen. Hier als Auszug das als Lied vertonte Gedicht «Dein Gesicht» im Andenken an Sophie Scholl:

*«Dein stetes Zweifeln  
verlier es nicht  
es ziert mit Schönheit dein Gesicht  
Nur eine Gewissheit zählt für dich  
das Gewissen nicht die Pflicht.»*

Mit der Karte, die diesem Archipel beiliegt, können Sie das CD-Hörbuch (zweisprachig auf Deutsch und Französisch) von «Danube, mon amour» für 30 CHF/Euro + Portokosten bestellen. Ein Geschenk, das alle Sinne berührt, zum Nachdenken anregt und dabei das Geniessen nicht vergisst.

Bestelladresse: Edition Simili, Beundenweg 6, CH-3235 Erlach, Tel ++41 (0) 32 313 40 13, [musique@simili.ch](mailto:musique@simili.ch), [www.simili.ch](http://www.simili.ch)



**Archipel**  
Monatszeitung des  
Forum Civique

Schweiz:  
Postfach 1848,  
CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
[ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)

Österreich:  
Lobnik 16  
A-9135 Zelezná Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
[at@forumcivique.org](mailto:at@forumcivique.org)

Deutschland:  
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
[de@forumcivique.org](mailto:de@forumcivique.org)

Frankreich:  
St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
[fr@forumcivique.org](mailto:fr@forumcivique.org)

Ukraine:  
vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nischnje Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
[ua@forumcivique.org](mailto:ua@forumcivique.org)